

Was wäre, wenn Russland, China und die USA unsere unmittelbare Zukunft gestalten würden?

Die Zukunft wartet nicht. Und während westliche Diplomaten über Verfahren und Grundsätze debattieren, legt jemand – weit im Osten – bereits den Grundstein für die Ordnung von morgen.



19. Mai 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Die zerbrochene Weltordnung

Es vollzieht sich gerade etwas von außerordentlicher Bedeutung, dessen Tragweite wir noch nicht überblicken können. Das Treffen in Peking zwischen den politischen Führern der USA, Chinas und Russlands ist ein höchst ungewöhnliches Ereignis, hinter dem sich weit mehr verbirgt, als auf den ersten Blick erkennbar ist.

Das nach 1991 aufgebaute liberal-westliche internationale System hat seine irreparablen strukturellen Risse so deutlich offenbart, dass nicht einmal der Westen selbst mehr daran glauben kann. Die Konflikte in der Ukraine, im Gazastreifen und im Iran; der technologische Wettstreit zwischen Washington und Peking; die Spannungen im Indopazifik; die europäische Energiekrise nach 2022: Jedes dieser Ereignisse ist für sich genommen ein Zeichen des Wandels, die zusammen einen Übergang hin zu einer multipolaren Ordnung nachzeichnen, in der kein einzelner Akteur seine eigenen Regeln durchsetzen kann, ohne mit anderen zu verhandeln. Wie Brzezinski schrieb: „Hegemonie geht nicht an einem Tag verloren. Aber die Anzeichen ihrer Krise häufen sich still und leise an, bis sie nicht mehr zu übersehen sind.“ (The Last Chance, 2007).

Vor diesem Hintergrund stellt sich eine grundlegende strategische Frage: Können Russland, China und die USA – trotz Spannungen, Sanktionen und der Rhetorik eines „Kalten Krieges 2.0“ – einen

Weg zu einer pragmatischen Annäherung finden? Und wenn ja, wie würde dieses neue Gleichgewicht aussehen?

Die Antworten auf diese Fragen finden sich weder in den Hallen des UN-Sicherheitsrats noch in den Kommunikés der G7 oder G20, Strukturen, die selbst für die Mainstream-Presse mittlerweile überholt sind: Sie entstehen – pragmatisch und fernab vom kurzzeitigen Rampenlicht der westlichen Propaganda – durch multilaterale Abkommen, Partnerschaften, physische Infrastruktur und alternative Handelswege, die die Geografie der Zukunft prägen.

Die klassische Geopolitik hat stets zwischen zwei Modellen globaler Vorherrschaft unterschieden: Landmächte (Tellurokratien) und Seemächte (Thalassokratien). Diese Unterscheidung, die von Halford Mackinder zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelt und von Carl Schmitt sowie später von Alexandr Dugin aufgegriffen wurde, war nie nur eine rein akademische Klassifizierung, da sie als Schlüssel zur Interpretation des strategischen Verhaltens von Staaten auf der Grundlage ihres Zivilisationsmodells dient.

Tellurokratien – historisch gesehen Russland, aber auch China und die großen kontinentalen Reiche – üben ihre Macht durch die Kontrolle von Territorium, Bodenschätzen, Eisenbahnnetzen und Energiekorridoren aus. Ihr strategischer Kodex legt den Schwerpunkt auf geografische Tiefe, die Fähigkeit, Handelsblockaden zu überstehen, und den Aufbau von landgestützten Netzwerken, die schwer zu stören sind. Thalassokratien – von den Briten bis zu den Amerikanern – projizieren ihre Macht durch die Kontrolle der Meere, strategischer Meerengen, maritimer Handelsrouten sowie militärischer und ziviler Flotten. Die Kontrolle über die Meere bedeutet die Kontrolle über den globalen Handel: Etwa 80 Prozent der weltweiten Güter werden per Schiff transportiert.

Heute verhalten sich Russland und China genau so, wie man es von tellurokratischen Mächten erwarten würde: Sie investieren in die physische Infrastruktur auf dem Kontinent, entwickeln Energiekorridore (NordStream, Power of Siberia, TurkStream) und bauen Hochgeschwindigkeitsbahnnetze, die China über Zentralasien mit Europa verbinden. Pekings „Belt and Road“-Initiative ist nichts Geringeres als die ehrgeizigste Strategie zur territorialen Kontrolle Eurasiens in der modernen Geschichte. Die USA hingegen sichern ihre zentrale Rolle durch ihre Seemacht: Ihre Flugzeugträger patrouillieren in den Meeren von Hormuz, Malakka und Bab-el-Mandeb sowie im Panamakanal und im Suezkanal. Ohne Zugang zum Meer und ohne die Fähigkeit, diesen den Gegnern zu verwehren, wäre die amerikanische Hegemonie hohl.

Der wichtigste Wettstreit des 21. Jahrhunderts wird nicht mit Bomben, sondern mit Baustellen ausgetragen. Um es auf den Punkt zu bringen: Seit 2013 hat China im Rahmen der BRI über 1 Billion US-Dollar in die weltweite Infrastruktur investiert, die 150 Länder umfasst. Die Eisenbahnverbindung zwischen China und Europa (bestehend aus über 80 in Betrieb befindlichen Strecken) befördert Güter nun in 18 Tagen von Shanghai nach Madrid, verglichen mit 30 bis 35 Tagen auf dem Seeweg.

Russland seinerseits treibt den Ausbau der Nordostpassage voran, wodurch sich die Transportzeiten zwischen Europa und Asien im Vergleich zum Suezkanal um etwa 40 Prozent verkürzen könnten. Mit dem durch den Klimawandel beschleunigten Abschmelzen des arktischen Eises wird diese Route bis 2040 für viele weitere Monate im Jahr befahrbar sein.

Die USA reagieren darauf mit der „Partnership for Global Infrastructure and Investment“ (PGII), die auf dem G7-Gipfel als Alternative zur „Belt and Road Initiative“ (BRI) neu ins Leben gerufen wurde: 600 Milliarden US-Dollar wurden für Entwicklungsländer zugesagt. Die amerikanischen Umsetzungskapazitäten in diesem Bereich bleiben jedoch hinter denen Chinas zurück, da sie durch bürokratische Zersplitterung und die Zurückhaltung des Privatsektors gegenüber Investitionen mit hohem geopolitischem Risiko eingeschränkt sind.

Strategische Annäherung: Peking als globaler Verhandlungstisch

Eine Annäherung zwischen Russland, China und den USA erscheint auf den ersten Blick widersinnig. Washington verhängte nach dem Einmarsch in die Ukraine drakonische Sanktionen gegen Moskau. Die technologische Rivalität mit Peking äußert sich in Exportbeschränkungen für Halbleiter, Zollkriegen und Streitigkeiten über die Internet-Governance. Wie könnten diese drei Mächte an einem Tisch sitzen?

Die Antwort liegt in der Unterscheidung – die professionelle Diplomaten nur zu gut kennen – zwischen öffentlicher Rhetorik und tatsächlichen strategischen Interessen. Staaten handeln nicht aufgrund ideologischer Sympathien: Sie handeln auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Rechnungen, und diese Rechnung legt heute nahe, dass eine gewisse Form der pragmatischen Koexistenz – für alle drei – einer unkontrollierten Eskalation vorzuziehen ist.

Für Russland hat der Zusammenbruch des Handels mit dem Westen nach 2022 China zu einem unverzichtbaren Handelspartner gemacht: Die russischen Ölexporte nach Peking haben Rekordwerte erreicht, und der bilaterale Handel überstieg 2023 240 Milliarden US-Dollar. Moskau will sich jedoch nicht ausschließlich auf China verlassen; es strebt nach mehreren Partnern und der internationalen Anerkennung seines Einflussbereichs.

Für China ist die Stabilität der Handelswege von entscheidender Bedeutung: Über 60 Prozent seiner Energieimporte werden über die Straße von Malakka transportiert, die faktisch von der US-Marine kontrolliert wird. Peking hat jedes Interesse daran, landgestützte Alternativen aufzubauen und seine maritime Anfälligkeit zu verringern, will aber auch keinen offenen Konflikt mit den USA, der den Exportmarkt zerstören würde, von dem sein Wachstum abhängt. Die Blockade von Hormus ist bereits ein Thema von ausreichender Bedeutung, um ernsthaft in Betracht gezogen zu werden.

Für die USA könnte paradoxerweise die Aussicht auf eine multipolare Welt mit gemeinsamen Regeln einer Konfrontation an zwei Fronten – gleichzeitig mit Russland und China – vorzuziehen sein. Die Nixon-Doktrin, die 1972 die Tür nach Peking öffnete, um Moskau zu isolieren, könnte sich heute zu einer komplexeren Dreiecksdynamik entwickeln, in der Washington akzeptiert, nur einer von vielen Akteuren zu sein, während es gleichzeitig Asymmetrien in den Bereichen Technologie, Finanzen und Seemacht aufrechterhält.

Geopolitischer Pragmatismus ist keine Schwäche: Er ist die höchste Form des strategischen Realismus.

Es ist bezeichnend, dass Peking der naheliegende Kandidat für die Ausrichtung dieses neuen Dialogs ist. Die chinesische Hauptstadt hat massiv in ihr Image als glaubwürdiger internationaler Vermittler investiert: Der Friedensvorschlag für die Ukraine aus dem Jahr 2023, das von Peking vermittelte Normalisierungsabkommen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, Xi Jinpings Vorsitz bei

den APEC- und BRICS-Gipfeln – all dies trägt dazu bei, eine alternative Erzählung aufzubauen, in der China der Pol der Stabilität und nicht der Destabilisierung ist.

Auf symbolischer Ebene signalisiert das Bild von Vertretern, die sich in Peking treffen – und sei es nur zu Fachgesprächen über Handels- und Energiewegen –, einen grundlegenden Wandel in der globalen Machtordnung. Nicht mehr die G7 oder Washington sind die Zentren internationaler Normen, sondern eine asiatische Hauptstadt, in der die Verhandlungen der Zukunft stattfinden.

Praktisch gesehen verfügt China bereits über die erforderliche Verhandlungsinfrastruktur: die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), die erweiterte BRICS-Gruppe (zu der seit 2024 auch die Vereinigten Arabischen Emirate, der Iran, Äthiopien und Ägypten gehören) sowie ein dichtes Netz bilateraler Währungsswap-Abkommen, die das Monopol des Dollars im internationalen Zahlungsverkehr untergraben haben.

Europas Krise: Zuschauer im eigenen Theater

Inmitten dieser globalen Neuordnung befindet sich Europa in einer besonders prekären Lage und leidet unter einem chronischen strategischen Defizit, das es unfähig macht, in wichtigen internationalen Fragen als eigenständiger Akteur aufzutreten.

Die EU ist ein außergewöhnliches Konstrukt gescheiterter wirtschaftlicher und regulatorischer Zusammenarbeit, das unter geopolitischem Zwergwuchs leidet. Die Außenpolitik der Mitgliedsstaaten basiert auf stark divergierenden und überholten Traditionen, Interessen und Weltanschauungen. In fast vier Jahren des Wortkriegs ist es ihr nicht gelungen, etwas Bedeutendes zu erreichen, abgesehen davon, kilometerlange Seiten mit selbstzerstörerischen Sanktionen zu füllen. Das Ergebnis ist eine europäische Außenpolitik, die sich mit Kompromissen begnügt, unfähig ist, in Echtzeit auf Krisen zu reagieren, und stets darauf wartet, dass der jeweilige Spitzenpolitiker die Richtung vorgibt – die Krönung der Dummheit.

Der Rückgang des geopolitischen Gewichts Europas ist zum Teil struktureller Natur. Europa altert demografisch, wächst weniger stark als die USA und weit weniger als China und Indien. Seine Rüstungsindustrie – die jahrzehntelang aufgrund des NATO-Schutzschilds unterfinanziert war – hat Mühe, neue Aufrüstungsziele zu erreichen. Seine technologischen Kapazitäten sind zwar in einigen Bereichen hervorragend, hinken jedoch in den Bereichen künstliche Intelligenz, fortschrittliche Halbleiter und digitale Plattformen hinter den amerikanischen und chinesischen Ökosystemen hinterher.

Es ist leicht zu erkennen, wie Europa in diesem Zusammenhang geradewegs darauf zusteuert, der neuen Weltordnung unterworfen zu werden, anstatt sie mitzugestalten. Sollten Russland, China und die USA ohne europäische Beteiligung Vereinbarungen über Handelswege und die globale Finanzarchitektur treffen, stünde Brüssel vor vollendeten Tatsachen – wie etwa neuen Zöllen, neuen technischen Standards und neuen Handelsgeografien, die anderswo beschlossen wurden. Europa läuft Gefahr, sich im wahrsten Sinne des Wortes in der Position des „alten Kontinents“ wiederzufinden – also einer Realität, die reich an Geschichte und Kultur ist, aber dennoch unfähig, Macht in die Welt auszuüben, die gerade Gestalt annimmt.

Die europäische Antwort auf all dies ist ein Bündel von klapprigen Mechanismen – strategische Autonomie, Europäische Verteidigungsunion, CO₂-Grenzausgleichsmechanismus –, die in der

Überzeugung verabschiedet wurden, in die richtige Richtung zu gehen, und zwar auf selbstreferenzielle Weise, in einem unzureichenden institutionellen Tempo, ohne genau zu wissen, was als Nächstes kommt, aber mit der Gewissheit, dass die Technokraten der EU-Kommission ihre persönliche Befriedigung auf Kosten der Bevölkerung finden werden.

Den Blick nach vorne richten, auf etwas Neues

Sollten sich die drei Supermächte auf einen neuen Rahmen für die Regelung der Handelswege einigen, hätte dies tiefgreifende Folgen für die ganze Welt, und es wäre – das muss gesagt werden – ein unglaublich wichtiger Schritt in Richtung Multipolarität – die, wie wir uns erinnern sollten, nur schrittweise und nicht auf einen Schlag erreicht werden kann.

Eurasische Landwege würden zu glaubwürdigen Alternativen zu den traditionellen Seewegen werden, wodurch die Abhängigkeit von maritimen Engpässen und damit auch die amerikanische Macht zur Blockade verringert würde. Der Handel zwischen Asien und Europa würde sich diversifizieren, mit neuen Korridoren, die durch Kasachstan, den Iran und die Türkei führen. Gleichzeitig würde die Internationalisierung des Yuan – die bereits durch Währungsswap-Abkommen mit Dutzenden von Ländern und die Entstehung von Zahlungsplattformen als Alternative zu SWIFT, wie Chinas CIPS-System, im Gange ist – das exorbitante Privileg des Dollars als globale Reservewährung schrittweise verringern. Kein Zusammenbruch des Dollars, sondern eine Aufweichung seines Monopols, wobei zu bedenken ist, dass sich eine Welt mit mehreren Reservewährungen radikal von der heutigen unterscheidet.

Im Bereich der Sicherheit würde eine – explizite oder stillschweigende – Vereinbarung der drei Mächte über Einflussphären das Bündnissystem neu gestalten. Die NATO, die bereits unter Druck steht, könnte sich zu einer Organisation mit eingeschränkterem Wirkungsbereich entwickeln, die sich auf Westeuropa und die Ostflanke konzentriert, oder sogar ganz aufhören zu existieren. Die Sicherheitsgarantien der USA für Japan, Südkorea und Taiwan würden Gegenstand expliziter Verhandlungen mit Peking werden.

Für die Länder des Globalen Südens könnte dieses Szenario paradoxerweise von Vorteil sein: Der Wettbewerb der Mächte um Einfluss bringt Ressourcen, Infrastruktur und günstige Handelsabkommen mit sich. Das chinesische Diplomatiemodell – ohne politische Bedingungen, mit der Bereitstellung von Krediten und Infrastrukturprojekten anstelle von Belehrungen über Demokratie – hat in Afrika, Lateinamerika und Südasien bereits erheblich an Boden gewonnen.

Das Ergebnis wäre keine einfachere Welt, auch nicht unbedingt eine sicherere, aber sicherlich eine ausgewogenere. Und dies ist, ob es den Analysten nun gefällt oder nicht, ein Schritt in Richtung eines echten Multipolarismus. Ein wirklich multipolares System mit drei oder vier Großmächten, die explizit über die Spielregeln verhandeln – wie im Europäischen Konzert des 19. Jahrhunderts –, weist andere Merkmale auf als eine unipolare Hegemonie: Es ist in den Details weniger vorhersehbar, aber in seiner grundlegenden Dynamik vielleicht stabiler, da kein Akteur einen Anreiz hat, ein System zu zerstören, das ihm Status und Ressourcen garantiert. Der Rest wird Schritt für Schritt folgen.

Bei der Interpretation dieser Phänomene besteht die Versuchung, sie einer unsichtbaren Hand zuzuschreiben, doch zumindest geopolitisch gesehen ist die Realität prosaischer: Die neue Weltordnung wird nicht von einer Schaltzentrale aus geschrieben, sondern nimmt durch Tausende

pragmatischer Entscheidungen, bilateraler Abkommen, Infrastrukturinvestitionen, Währungsverschiebungen und regionaler Gipfeltreffen Gestalt an, denen die westlichen Mainstream-Medien kaum noch folgen können, weil sie gar nicht mehr wissen, wohin sie schauen sollen.

Sicher ist, dass sich ein Wandel vollzieht. Der Anteil des Westens am weltweiten BIP – der 1990 noch über 60 Prozent lag – liegt heute unter 45 Prozent und wird weiter sinken. Die in der Nachkriegszeit geschaffenen multilateralen Institutionen – von der UNO bis zur WTO, vom IWF bis zur Weltbank – stehen unter Druck seitens derer, die nicht an ihrer Gründung beteiligt waren und ihre universelle Legitimität nicht anerkennen.

Die neuen Partnerschaften haben gezeigt, dass nichts, was auf der alten regelbasierten Ordnung aufbaut, weiterhin funktionieren kann.

Russland, China und die USA haben jedes Interesse daran, den Wandel zu gestalten und dabei eine katastrophale Eskalation zu vermeiden; sie verfügen über die Mittel, Ressourcen und Fähigkeiten dazu. Die Frage ist, ob sie in der Lage sein werden, ein System aufzubauen, das einen bedeutenden Teil der Welt auf möglichst schonende Weise durch diesen Wandel führen kann.

Die Zukunft wartet nicht. Und während westliche Diplomaten über Verfahren und Grundsätze debattieren, legt jemand – viel weiter östlich – bereits den Grundstein für die Ordnung von morgen.